

blik am Vorabend des 20. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus eine Erklärung ab, in der erneut die Friedenspolitik der DDR dargelegt wurde. Die Bürger Westdeutschlands wurden aufgefordert, die unbewältigte Vergangenheit des westdeutschen Staates Schritt für Schritt zu überwinden und den Weg für ein neues Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik zu beschreiten.

In konsequenter Fortsetzung dieser Politik richtete der Erste Sekretär des Zentralkomitees und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, in seiner Neujahrsbotschaft 1966 sechs Vorschläge an die westdeutschen Bürger und den westdeutschen Bundestag. Beide deutsche Staaten sollten auf jegliche Verfügungsgewalt über atomare Waffen verzichten, die bestehenden Grenzen in Europa anerkennen und diplomatische Beziehungen zu allen Staaten Europas aufnehmen. Sie sollten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in beiden deutschen Staaten erklären, Verzicht auf alle Maßnahmen leisten, die die Spaltung weiter vertiefen, und in gleichberechtigte Regierungsverhandlungen eintreten, um die Beziehungen zu normalisieren. Aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der SED schlug unsere Partei der westdeutschen Bundesrepublik vor, einen Verständigungsfrieden zu schließen und durch Abrüstung der Menschlichkeit zu dienen.

Nachdem statt dessen die Bonner Regierung mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer den Graben zwischen beiden deutschen Staaten durch eine Verschärfung ihrer Revanchepolitik und ihrer Alleinvertretungsanmaßung sowie besonders durch das berüchtigte Handschellengesetz weiter vertieft hatte, wurden auf der Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front vom 29. Juni 1966 Ursachen, Ziele und Methoden der aggressiven Bonner Politik allseitig enthüllt. An Hand (dokumentarischen Materials wurde der Nachweis erbracht, daß der deutsche Imperialismus zum drittenmal in diesem Jahrhundert Anlauf nimmt, eine Politik der Vorherrschaft über Westeuropa, der Eroberung gegenüber Osteuropa und des Neokolonialismus durchzusetzen. Die geheimen Notstandspläne und der „Graue Plan“ der Bonner Regierung mit seiner detaillierten Anleitung zur Annexion der Deutschen Demokratischen Republik und zur Liquidierung ihrer Errungenschaften wurden dabei vor der gesamten Weltöffentlichkeit an den Pranger gestellt.

Angesichts der gefährlichen Entwicklung in Westdeutschland wandte sich die 13. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei an die Regierung Erhard, sich statt einem ultrarechten Kurs wenigstens einer „Politik der